

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

AKTUELL

Historiker Bergier leitet Expertengremium



Der Lausanner Wirtschaftshistoriker Jean-François Bergier (Bild) leitet das neunköpfige Expertengremium, das die Rolle des Finanzplatzes Schweiz in der Nazi-Zeit untersuchen soll. Dies entschied der Bundesrat am Donnerstag und ernannte je vier in- und ausländische Fachleute als Mitglieder des Gremiums. Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz gab die Zusammensetzung des Expertengremiums nach einer ausserordentlichen Sitzung des Bundesrats bekannt, die nach dem Rückzug des Freiburger Historikers Urs Altermatt als Kandidat für das Präsidium nötig geworden war. Demnach setzt sich die unabhängige Kommission wie folgt zusammen: Jean-François Bergier (Historiker/Präsident), Georg Kreis (Historiker), Jakob Tanner (Historiker), Jacques Picard (Historiker), Joseph Voyame (Jurist), Saul Friedlaender (Historiker/Israel), Wladyslaw Bartoszewski (Historiker/ehemaliger polnischer Aussenminister), Harold James (Historiker/Grossbritannien) und Sybil Milton (Historikerin/Leiterin des Holocaust-Museums Washington).

Franken massiv zurückgestuft

Der Franken ist am Donnerstag an den internationalen Devisenmärkten massiv zurückgestuft worden. Der Dollar lag zeitweise über 1,34 Franken, und 100 DM überstiegen die 86-Franken-Marke. Als Hauptgrund wurde am Markt das kleinere als erwartet ausgefallene amerikanische Handelsbilanzdefizit angeführt. Für einen Dollar wurden am Abend 1,3365 (Vorabend: 1,33) Franken bezahlt, für 100 D-Mark 85,81 (85,65) Franken. Die Tageshöchstkurse lagen bei 1,3410 beziehungsweise 86,21 Franken. 100 französische Francs verbesserten sich bis am Abend auf 25,43 (25,30) Franken und 1000 italienische Lire auf 87,26 (86,70) Rappen. Einzig das britische Pfund gab leicht auf 2,2256 (2,2390) Franken nach.

Der Modegutschein
das richtige Geschenk für Weihnachten
HANNELORE
IM ZENTRUM KAUFEN, SCHAAN.

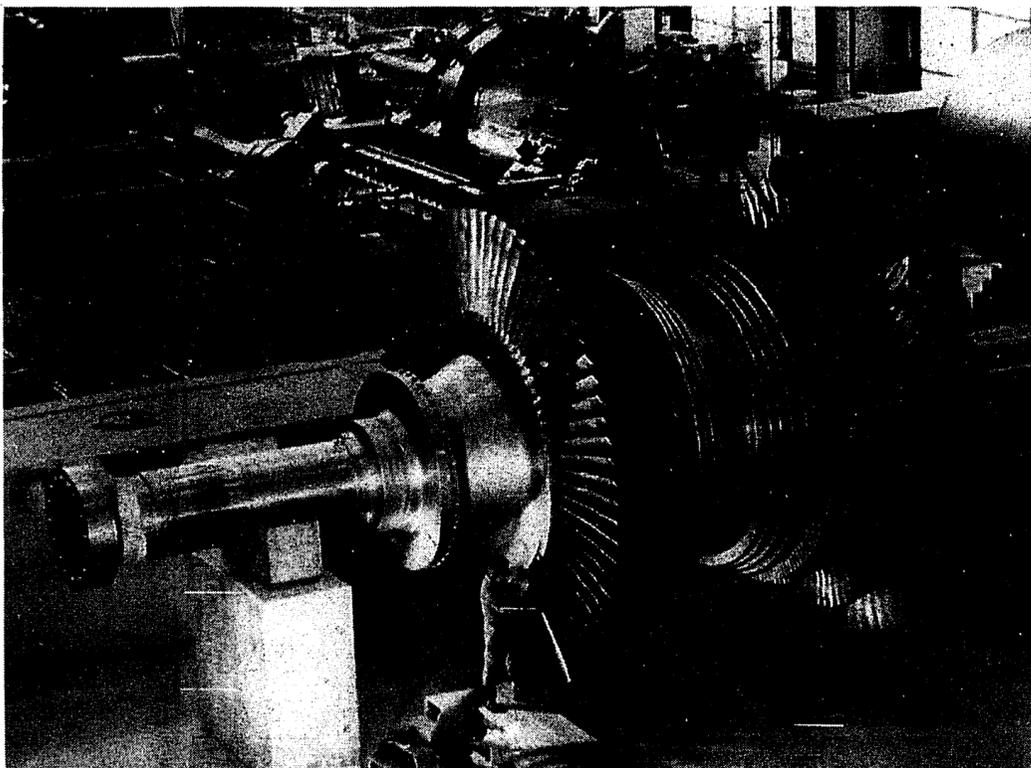
Optimistische Aussichten trotz hoher Arbeitslosigkeit

Wirtschaftlicher Rückblick auf 1996 und ein Ausblick auf die Wirtschaftsperspektiven im kommenden Jahr – Beginn einer Interview-Serie

(G.M.) – Die Wirtschaftslage im Fürstentum Liechtenstein wird, obwohl sich die Arbeitslosenrate auf einem ungewohnt hohen Niveau hält, im Wirtschaftsjahr 1996 gesamthaft als gut angesehen. Am Pressegespräch vom Dienstag äusserte sich Wirtschaftsminister Michael Ritter positiv über die Wirtschaftssituation. In einem Interview nimmt – siehe Seite 3 – der Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, Hubert Büchel, einen zufriedenen Rückblick und einen zuversichtlichen Ausblick vor. Die vom Amt für Volkswirtschaft während des Jahres veröffentlichten Konjunkturtests zeigten die gute Wirtschaftslage in der Industrie und im produzierenden Gewerbe an. Die meisten Unternehmen bewerteten ihre gegenwärtige Situation als gut oder zumindest befriedigend. Die Prognosen für die nähere Zukunft lauteten in der Regel, allerdings unterschiedlich nach Branchen, optimistisch.

An der positiven Einschätzung der Wirtschaft muss, so unterstrich auch Wirtschaftsminister Ritter, ein Abstrich wegen der hohen Arbeitslosigkeit gemacht werden. Die Senkung der Arbeitslosenquote stellt nach seiner Auffassung eine grosse Herausforderung für die Wirtschaftspolitik und die Beschäftigungspolitik dar, die jedoch nicht so leicht zu bewerkstelligen ist.

Mehr über die Wirtschaftssituation in unserem Land auf Seite 3 der heutigen Ausgabe. Dort beginnen wir mit einer Interview-Serie mit Wirtschaftsfachleuten, welche einen Rückblick auf 1996 und einen Ausblick auf das nächste Jahr vornehmen.



Die Wirtschaftslage in unserem Land ist derzeit gut. In Industrie und produzierendem Gewerbe sind die Auftragsbücher relativ dick gefüllt, die Auslastung der Maschinen und Anlagen zufriedenstellend. Doch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit macht zu schaffen. (Archivbild)

Neuerliche Behandlung des Falles Ospelt/Gralla vor der VBI

Öffentliche Verhandlung gestern im Regierungsgebäude – Der Entscheid der VBI fällt zu einem späteren Zeitpunkt

(ho.) – Vor der Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) fand gestern im Regierungsgebäude die öffentliche Verhandlung betreffend der disziplinarischen Entlassung von Dr. Rainer Ospelt und Martin Gralla durch die Regierung vom 23. Mai 1995 statt. Diese erneute Behandlung des Falles war vonnöten, weil der Staatsgerichtshof einer Beschwerde der zwei Beamten gegen den Entscheid der VBI am 30. August 1996 stattgegeben hatte. Als Grund für die Zurückweisung der Streitsache an die VBI führte der Staatsgerichtshof damals die Verletzung verfassungsmässig gewährleisteter Rechte durch die VBI an.

Die Regierung entliess im Jahre 1995 die zwei Mitarbeiter der Landesverwal-

tung, Dr. Rainer Ospelt vom Amt für Berufsberatung und Martin Gralla vom damaligen Jugendamt, wegen ungerechtfertigter Geltendmachung von Arbeitszeit sowie wegen Ein- und Ausstempeln für eine andere Person.

Diverse Zeugen einvernommen

Die VBI, unter Vorsitz von Dr. Wolfgang Seeger, hatte zunächst Alt-Regierungschef Hans Brunhart als Zeugen einvernommen. Dieser versicherte dem Gericht, dass der Regierungsbeschluss betreffend der Absetzung von Martin Gralla diesem zugestellt worden sei. Betreffend der Situation auf der Berufsberatungsstelle seien regelmässige Besprechungen mit Dr. Rainer Ospelt und

Amtsvorsteher Dr. Karl Jehle durchgeführt worden, welche aber die zwischenmenschlichen Probleme zwischen den beiden in keiner Weise ausgeräumt hätten. Als weitere Zeugen traten dann Rudolf Goop vom Amt für Soziale Dienste und Dr. Karl Jehle in Erscheinung. Die Beschwerdeführer hatten in der Folge Gelegenheit, die gegen sie erhobenen Vorwürfe zu entkräften bzw. ihre Sicht der Dinge darzulegen.

Eine disziplinarische Entlassung setzt gemäss dem Wortlaut von Art. 8 Beamtengesetz voraus, dass neben einer schweren Pflichtverletzung eine vorangegangene Mahnung ausgesprochen werden muss. Die VBI interpretierte in ihrer Entscheidung vom 22. November

1995 diesen Artikel dahingehend, dass es Fälle gebe, wo auf eine vorgängige Mahnung verzichtet werden könne. Dann nämlich, wenn eine Mahnung sinnlos wäre, was auf diesen Fall zutrefte. Somit liege diesbezüglich eine Gesetzeslücke vor, das heisst, die gesetzliche Regelung ist unvollständig und somit ergänzungsbedürftig. Dr. Jörg Frey, Vertreter der beiden Beschwerdeführer, entgegnete dem, dass man eine Gesetzeslücke nur annehmen könne, wenn eine schwere Verfehlung vorliege. Dies treffe aber nur auf strafrechtlich relevante Verfehlungen zu, und keineswegs auf Verfehlungen im Disziplinarbereich.

Die VBI kündigte ihre Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt an.

Mehr als zehn Prozent mehr Strassenverkehr

Bern (AP) Auf den schweizerischen Autobahnen hat der durchschnittliche Tagesverkehr zwischen 1990 und 1995 um 13 Prozent zugenommen. Besonders stark war der Verkehr auf der A1 zwischen Bern und Winterthur. Die Zuwachsraten wurden gebremst, wie die schweizerische Strassenverkehrszählung 1995 ergab. Der durchschnittliche Tagesverkehr auf dem schweizerischen Strassennetz (nur ausserorts) nahm zwischen 1990 und 1995 um zehn Prozent zu. Auf den Nationalstrassen betrug die Zunahme 13 Prozent, auf den übrigen Ausserortsstrassen sieben Prozent. Zwischen 1985 und 1990 hatte die gesamte Zuwachsraten noch bei 23 Prozent gelegen, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Donnerstag zur Strassenverkehrszählung mitteilte. Die durchschnittliche tägliche Verkehrsbelastung betrug 1995 bei zwölf Prozent der total 461 Zählstellen mindestens 30 000 Motorfahrzeuge. Von den insgesamt registrierten Fahrzeugen waren 15 Prozent im Ausland immatrikuliert.

Weltweites Wachstum erwartet

OECD: Europa leidet weiter unter hoher Arbeitslosigkeit

Paris (AP) Die Weltwirtschaft und auch die meisten Einzelstaaten bleiben 1997 und 1998 nach Ansicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf Wachstumskurs. Für die USA sagten die OECD-Experten am Donnerstag in Paris sogar «robustes und nachhaltiges» Wachstum voraus, die EU-Länder hätten dagegen weiter mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Ebenso wie Japan könnten aber auch sie mit einer Fortsetzung des Aufschwungs rechnen.

Die gesamte industrialisierte Welt kann laut OECD in den kommenden beiden Jahren mit einem moderaten Aufschwung und sinkender Inflation rechnen.

Die 29 Mitglieder der Organisation dürften es im Schnitt auf 2,4 Prozent Wachstum 1997 und 2,7 Prozent im Jahr darauf bringen. Für das laufende Jahr korrigierte die OECD ihre Wachstumsprognose von 2,1 auf 2,4 Prozent nach oben. Während das Bruttoinlandspro-

dukt auf Expansionskurs bleibt, geht die Inflation in den Industrieländern der Prognose zufolge nach unten. 1996 rechnet die OECD im Schnitt mit 4,1 Prozent, 1997 mit 3,6 und 1998 mit 3,2 Prozent Teuerung. Rechnet man die Hochinflationen innerhalb der OECD, wie zum Beispiel Tschechien, Griechenland und Ungarn heraus, dürfte die Jahresteuern in den nächsten Jahren jeweils nur 1,7 Prozent betragen.

Trotz dieser positiven Aussichten mahnt die OECD ihre Mitglieder zu einer langfristigen Sparpolitik. OECD-Direktor Stephen Potter kritisierte, dass besonders die EU-Staaten mit Blick auf die Währungsunion unbedingt ihre finanzielle Bilanz im für die Aufnahme entscheidenden Jahr 1997 in Ordnung bringen wollten. Statt dessen müssten sie die langfristige Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen betreiben.

Erschwert wird dies von der hohen Arbeitslosigkeit, die allerdings laut OECD ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte.

Geschenke in letzter Minute
Spiegel
Messingtische
Kleiderständer
Einzelstessel
Kleinformel
Tisch- und Bettwäsche
Morgenmäntel
Frottéwäsche

Hilti Möbel
Raumgestaltung AG
9494 Schaan - Tel. 232 23 90

Sonntag, 17. Dezember
13.30 - 17.30 geöffnet